

# Opfer-Anwalt will die Haspa verklagen

Nach **Einbruch in Norderstedter Filiale**: Rechtsanwalt sagt, die Sicherheitssysteme waren mangelhaft. Bank sieht sich durch Gutachten entlastet

CLAAS GREITE

NORDERSTEDT/HAMBURG :: Wie hoch müssen die Entschädigungen sein, die die Hamburger Sparkasse den Geschädigten des Einbruchs in Norderstedt im vergangenen Sommer zahlt? Diese Frage wird nun wohl grundsätzlich vor Gericht entschieden. Denn der Rechtsanwalt Jürgen Hennemann, der mehrere Geschädigte vertritt, wird gegen die Haspa Klagen einreichen. Er habe Belege, dass die Sicherheitssysteme nicht den geltenden Standards entsprochen hätten. Die Haspa wiederum sieht sich ihrerseits durch ein Gutachten der Kriminalpolizei entlastet.

Der Einbruch ist einer der spektakulärsten Kriminalfälle der letzten Jahre. Am Wochenende zwischen dem 6. und 9. August 2021 brachen die Täter in die Haspa-Filiale an der Rathausallee in Norderstedt Mitte ein. Von einer angemieteten, über der Filiale liegenden Wohnung aus bohrten sie sich mit einem Kernbohrer durch die Betondecke und brachen in den Tresorraum ein. Dort räumten sie 600 Schließfächer aus, etwa die Hälfte der vorhandenen Fächer. Es entstand Schaden in Millionenhöhe. Um Spuren zu verwischen, legten die Täter in der angemieteten Wohnung später einen Brand.

*Die Haspa sagt gegenüber den Geschädigten und der Öffentlichkeit schamlos die Unwahrheit.*

Jürgen Hennemann,  
Verbraucherschutzanwalt

Die Alarmsysteme in der Haspa-Filiale hatten während des Einbruchs nicht ausgelöst, was Zweifel aufkommen ließ, ob die Systeme technisch auf der Höhe der Zeit waren. Jürgen Hennemann, der in Buchholz als Verbraucherschutzanwalt tätig ist und nach eigener Aussage „etwa zwei Dutzend Opfer des Einbruchs vertritt oder berät“, erhebt schon seit Monaten gegenüber der Haspa den Vorwurf, es habe eklatante Sicherheitsmängel gegeben.

Darin sieht er sich jetzt bestätigt. Hennemann: „Uns liegt seit Kurzem ein Ausschnitt aus der Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft Kiel vor.“ Dieser, so Hennemann, bestätige „ohne jeden Zweifel“ seine Vorwürfe. Der Ausschnitt belege, dass im Tresorraum nur „primitive, dysfunktionale Sicherheitstechnik eingebaut war.“ Die Haspa, die in diesem Punkt seit sieben Monaten etwas anderes behauptet, „sagt gegenüber den Geschädigten und der Öffentlichkeit schamlos die Unwahrheit und vernebelt auch gegenüber den Medien die Fakten“, so der Rechtsanwalt.

Hennemann will nun Klagen gegen die Bank einreichen, wegen „mindestens grob-fahrlässiger Missachtung und Nichteinhaltung zwingend erforderlicher technischer Standards und Sicherheitsmaßnahmen“. Für die Einreichung dieser Klagen lägen nun „alle Voraussetzungen vor“.

Ganz anders wird die Sache bei der Haspa gesehen. Die Bank beruft sich ihrerseits auf eine kriminaltechnische



Jan-Göran Schümann, Leiter der Norderstedter Haspa-Filiale, und Kollegin Heike Rissmann am Eingang zum Schließfachraum.

FOTO: JÖRG RIEFENSTAHL

Untersuchung. Dazu Haspa-Sprecherin Stefanie von Carlsburg: „Uns liegt mittlerweile das Gutachten der Kriminalpolizei vor. Dieses bestätigt, dass die Schließfachanlage der Haspa in Norderstedt über professionelle Sicherungssysteme verfügt und der Einbruch nur mit einem höchsten Maß an krimineller Energie durchgeführt werden konnte.“ Das Gutachten, so von Carlsburg, komme zu dem Schluss: „Der Haspa ist keinerlei Fehlverhalten vorzuerwerfen.“

Rechtsanwalt Hennemann kennt diese Untersuchung nicht. Dass es ein Gutachten von der Kriminalpolizei gebe, habe ihm die Haspa nicht mitgeteilt. Er hat aber in jedem Fall Zweifel, ob die Ermittlungsarbeit der Beamten korrekt war - in einem anderen Fall, nämlich nach einem ganz ähnlichen Einbruch in Hamburg-Altona im Oktober 2020, sei die Arbeit der Beamten nämlich „nur oberflächlich“ gewesen. Zum Gutachten im Norderstedter Fall sagt er: „Es muss die Frage geklärt werden, zu welchem Zeitpunkt welche Beamten was genau in Augenschein genommen haben.“

Setzt er sich vor Gericht durch, müsste die Bank die Kunden wohl wesentlich höher entschädigen als bisher. Die Bank betont, dass jedes Schließfach mit einem Betrag von 40.000 Euro versichert war. Geschädigte wiederum betonen, dass sie teilweise deutlich höhere Werte in den Fächern gelagert hätten - Wertgegenstände oder Bargeld. Hätte die Haspa aber fahrlässig gehandelt, wäre die Versicherungssumme von 40.000 Euro wohl obsolet.

Bei der Bank kümmert sich ein Team um die Prüfung der einzelnen Entschädigungsfälle. Rechtsanwalt Hennemann hatte Ende 2021 auch kritisiert, dass die Regulierung viel zu langsam verlaufe.



Der Buchholzer  
Rechtsanwalt  
Jürgen Hennemann vertritt  
Haspa-Kunden.

FOTO: KANZLEI HENNE-MANN

Doch mittlerweile hat nach Haspa-Angaben ein Großteil der Geschädigten Geld erhalten. Stefanie von Carlsburg: „Wir haben mittlerweile zwei Drittel der 600 Schadensfälle regulieren können. Bis zum Sommer wollen wir durch sein“, man arbeite „mit Hochdruck“ an der Regulierung. Rechtsanwalt Hennemann bestätigt, dass auch einige seiner Mandanten Entschädigungsgelder erhalten hätten. Aber er sagt auch: „Diese Beträge betrachten wir als erste Abschlagszahlung. Den Rest des Geldes werden wir vor Gericht einklagen.“

**Täter bisher nicht gefasst, aber es gab eine Razzia**

Die Täter des Einbruchs, deren Vorgehen die Polizei als sehr professionell beschrieb, konnten bisher nicht gefasst werden. Im Dezember gab es allerdings in Berlin eine Razzia gegen Verdächtige. Mehrere Wohnungen in Spandau, Neukölln und Tempelhof ein Geschäft in Charlottenburg und eine Spielhalle im brandenburgischen Königs Wusterhausen wurden von Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Kriminalpolizei durchsucht, im Einsatz waren Beamte aus Schleswig-Holstein.

Gemeinsame Ermittlungen der Kriminaldirektion Pinneberg und der Staatsanwaltschaft Kiel hätten den Anfangsverdacht des bandenmäßigen Diebstahls gegen drei Berliner im Alter von 24 bis 44 Jahren begründet, hieß es. Die Verdächtigen seien nach dem Einsatz wieder freigelassen worden. Zum aktuellen Stand der Dinge sagt Lars Brockmann, Sprecher der Polizeidirektion Bad Segeberg: „Die Ermittlungen dauern nach wie vor an. Derzeit werten wir Beweismittel aus, die bei den Durchsuchungen Anfang Dezember sichergestellt wurden.“

Für Hinweise, die zur Ermittlung und Ergreifung der Täter führen, sind nach wie vor hohe Belohnungen ausgesetzt. Die Hamburger Sparkasse hat dafür 50.000 Euro ausgelobt, die Staatsanwaltschaft Kiel 5000 Euro. Wer Hinweise geben kann, wird gebeten, sich bei der Kriminalinspektion Pinneberg unter 04101/2020 zu melden.

Die CDU-Verkehrspolitiker in Norddeutschland wollen sich außerdem für die zügige Fertigstellung der A20 von Bad Segeberg bis zur Elbquerung und für den Ausbau der Bundesstraße 404 bis Kiel zur A21 einsetzen.

## CDU fordert zügigen Ausbau der A20 und der S21

**Verkehrspolitiker der Partei aus dem Norden debattierten im Norderstedter Plaza Hotel**

NORDERSTEDT :: Bundes- und Landes-Politiker der CDU aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bremen und Hamburg trafen sich am Mittwoch im Norderstedter Plaza Hotel, um über die Verkehrspolitik zu debattieren. Ziel sei es, das Themenfeld über Ländergrenzen hinweg zu denken und gemeinsame Ziele enger zu verbinden und voran zu bringen. Die Interessen Schleswig-Holsteins vertraten in Norderstedt der Bundestagsabgeordnete und Verkehrsexperte Gero Storjohann, der Landtagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hans-Jörn Arp und der Landtagsabgeordnete Ole Plambeck.

Schwerpunkt der Beratungen war der Schienenverkehr, der Bau der A20, die Fertigstellung von LNG-Terminals, etwa in Brunsbüttel, und die Beschleunigung von Infrastrukturprojekten. Ole Plambeck bekräftigte den Willen der CDU, den planfestgestellten Ausbau der S21 bis Kaltenkirchen zügig fertigzustellen sowie zwischen Neumünster und Norderstedt mit dem Einsatz eines Expresszuges eine Takt- und Angebotsverbesserung im Hamburger Umland hinzubekommen. Zudem soll die Strecke Kellinghusen-Wrist reaktiviert werden. Storjohann thematisierte das Schienenprojekt S4, die A1 mit dem dazugehörigen Lärmschutz und die Erneuerung der A21.

„Mit Sorge sehen die CDU-Verkehrspolitiker, dass die Ampelkoalition die dringend notwendigen und bereits beschlossenen Projekte des Bundesverkehrswegeplans in Frage stellt“, so Tagungsleiter Wolfgang Kühl, Leiter Landesfachausschuss Verkehr der Hamburger CDU. „Vereinbarte Investitionen in die Infrastruktur in Norddeutschland dürfen nicht zurückgestellt werden.“ Dazu gehöre bis zur Hafenpassage A26-Ost. Die Planungen zum Neubau der Köhlbrandquerung müssten dringend vorangetrieben werden. Sonst drohe Ende der 2020er-Jahre in der südlichen Hamburger Metropolregion ein Verkehrsinfarkt.

Die CDU-Verkehrspolitiker in Norddeutschland wollen sich außerdem für die zügige Fertigstellung der A20 von Bad Segeberg bis zur Elbquerung und für den Ausbau der Bundesstraße 404 bis Kiel zur A21 einsetzen.

Die Planung für LNG-Terminals in Norddeutschland soll durch ein Gesetz im Bundestag und nicht ein aufwendiges Planfeststellungsverfahren erfolgen. Ziel: Baubeginn des ersten LNG-Terminals noch im Jahr 2022.

Der Hamburger CDU-Landesvorsitzende Christoph Ploß: „Wir wollen als CDU Energie sicher und bezahlbar machen. Die Energieversorgung muss für Bürger und Unternehmen sichergestellt werden. Der Bau von LNG-Terminals in Norddeutschland darf sich nicht über Jahre hinziehen, sondern sollte noch in diesem Jahr begonnen werden.“ abm



Hans-Jörn Arp, Ole Plambeck und Gero Storjohann beim Treffen der Verkehrspolitiker im Norderstedter Plaza Hotel (v. l.).

FOTO: CDU

## Drei weitere Menschen sterben an Covid-19, Inzidenz steigt auf 1308

KREIS SEGEBERG :: Der Infektionsschutz des Kreisgesundheitsamtes meldet drei weitere Opfer der Corona-Pandemie im Kreis Segeberg: Zwei Frauen verstarben, sie waren im Alter von 68 und 99 Jahren, sowie ein Mann im Alter von 89 Jahren. Nur der Mann lebte in einer Pflegeeinrichtung. Die Gesamtzahl der Corona-Toten steigt auf 256. Kreisweit wurden zwischen Mittwoch- und Donnerstagnachmittag 933 Corona-Neuinfektionen erfasst. In den Krankenhäusern der Region werden 26 Personen mit Covid-19 versorgt, sieben davon intensivmedizinisch. Die Inzidenz steigt auf einen Wert von 1308. abm

## Einigung über die Bebauung der „Kuhteich“-Wiese

An der Hauptstraße in Tangstedt sollen in fünf Gebäuden **33 Miet- sowie zehn Eigentumswohnungen** entstehen

TANGSTEDT :: Die Politiker im Planungs- und Umweltausschuss der Gemeinde Tangstedt haben sich nach mehrmonatigen Beratungen auf ein Bebauungskonzept für die „Kuhteich“-Wiese an der Hauptstraße einigen können.

Einstimmig entschieden sich die Fraktionen für eine von drei Varianten, die das Elmshorner Wohnungsbaunehmen Semmelhaack erarbeitet hatte. Demnach ist eine kleinteilige Struktur vorgesehen. In fünf Gebäuden, die um einen Wendehammer gruppiert sind, soll es 33 Miet- sowie zehn Eigentumswohnungen geben. 25 Prozent hiervon soll öffentlich gefördert sein. Die Mietwoh-

nungen wären 50 bis 75 Quadratmeter groß, alle wären barrierefrei. Dazu sollen Gemeinschaftsräume (60 Quadratmeter) als Quartierstreffpunkte geschaffen werden. Im südöstlichen Teil der Fläche, die in Gemeindebesitz ist, sind sechs Doppelhaushälften in Bungalow-Bauweise mit jeweils rund 90 Quadratmetern Wohnraum geplant. Die Zahl der Parkplätze ist hoch: Für alle Wohnungen und Häuser sind 55 Stellplätze angedacht.

„Wir haben einen guten Kompromiss gefunden“, sagt Hartmut Thede, Projektentwickler bei Semmelhaack. Mehrfach hatte er im Ausschuss die Ideen der Firma präsentiert. Ende Janu-

ar gab es dann ein Arbeitstreffen mit der Politik, bei dem eine Lösung gefunden wurde. Denn während der Bedarf von Wohnungen in dieser Form nicht in Frage stand, gab es lange Zeit unterschiedliche Vorstellungen über das Ausmaß der



Zufrieden mit dem Kompromiss: Hartmut Thede, Leiter der Projektentwicklung beim Wohnungsunternehmen Semmelhaack.

FOTO: RENÉ SOUKUP

Bebauung, die manchen Politikern als zu massiv erschien im Vergleich zum Wohngebiet an der Eichholzkoppel.

Gemeinsam mit dem Aukruger Büro BIS und dem Stadtplaner Peter Scharliffe soll im nächsten Schritt der Bebauungsplan aufgestellt werden. „Wir freuen uns sehr, dass wir durch den Beschluss für dieses wichtige Grundstück diese wichtige Investition für die Gemeinde durchführen und die Entwicklung weiter vorantreiben können“, so Thede. Er kalkuliert mit einer Dauer von 15 bis 18 Monaten für das Bauleitverfahren, das im Optimalfall im Sommer 2023 abgeschlossen sein könnte. che